

18. Wahlperiode

Ersetzungsantrag

der Fraktion der CDU
zum Antrag auf Drucksache 18/0016

Ein klares NEIN zu jeder Art von Extremismus und politisch motivierter Gewalt

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Berliner Abgeordnetenhaus verurteilt politischen Extremismus in jedweder Ausrichtung, unabhängig davon, ob es sich um Linksextremismus, Rechtsextremismus oder islamistischen Extremismus handelt. Jede Form von politischem Extremismus ist stets eine Gefahr für die freie Meinungsäußerung und Demokratie.

Auch der Wahlkampf zum Abgeordnetenhaus in diesem Jahr war von Gewalt überschattet. Die Anschläge auf Wahlkreisbüros von Abgeordneten, Infostände, Wahlkampfautos und Wahlplakate werden von uns nicht akzeptiert. Das Abgeordnetenhaus macht deutlich, dass politisch motivierte Gewalttäter mit ihren Handlungen in unserer Gesellschaft isoliert dastehen und bezieht dabei deutlich Stellung gegen jegliche Art von Extremismus, Diskriminierung und Hassgewalt. Wir verurteilen extremistisch motivierte Straftaten auf das Schärfste und fordern alle politisch Aktiven, Verbände, Organisationen und Parteien auf, derartige Handlungen abzulehnen und sich klar davon zu distanzieren.

Ebenfalls spricht sich das Abgeordnetenhaus für ein respektvolles Miteinander in der politischen Diskussion aus. Der Verrohung der Sprache treten wir entschieden entgegen, insbesondere in der politischen Auseinandersetzung müssen andere Meinungen respektiert und Argumente ausgetauscht werden. Gerade in den sozialen Netzwerken zeigt sich, wie schnell Beleidigungen und Diffamierungen ausgesprochen werden. Daher ist es wichtig, auch in der digitalen Welt für unsere Grundwerte einzustehen und zu werben.

Begründung:

Berlin ist eine aufgeschlossene und tolerante Stadt, die durch das Zusammenspiel von vielfältigen Kulturen geprägt ist. Es kommen Menschen aus aller Welt, um diese besondere Weltoffenheit zu erleben. (Politische) Meinungen können geäußert und andere Lebensmodelle können gelebt werden, ohne dass Angst vor Verfolgung besteht. Sowohl Männer als auch Frauen können sich frei entfalten und selbstbestimmt leben. Weltoffen und tolerant bedeutet jedoch im Rahmen geltender Gesetze und nicht grenzenlos. Recht und Ordnung sowie Gewaltlosigkeit gelten für jeden. Ihre Grenzen widerfährt die politische Meinungsäußerung dort, wo sie gegen unsere freiheitlich demokratische Grundordnung verstößt und/oder sich in Gewaltexzessen entläßt.

Unbeachtlich ist, aus welcher Richtung die Straftaten kommen. Jede Art von Extremismus ist falsch und widerspricht der Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Politisch motivierte Gewalt gefährdet die freie Meinungsäußerung aller Bürgerinnen und Bürger.

Von rechts motivierte Gewalt, wie z.B. Angriffe auf Flüchtlingsheime oder Übergriffe auf Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund, ist verachtenswert und hat keinen Platz in unserer Gesellschaft. Sie wird weder geduldet noch akzeptiert. Es darf keine sogenannten „No-go-Areas“ und auch keine rechtsfreien Räume in unserer Stadt geben. Wir sprechen uns auch gegen Antisemitismus und Homophobie aus. Denn Jeder soll sich in Berlin sicher fühlen und friedlich nach seiner Auffassung leben können.

Doch leider ist nicht nur der Rechtsextremismus in unserer Stadt ein großes Problem. Auch die Gewalt von Linksextremen ist eine zunehmende Herausforderung und Belastung für unsere Stadtgesellschaft. Die neuesten Fallzahlen der politisch motivierten Kriminalität zeigen, dass ein Anstieg von 6% der Kriminalität von links zu beobachten ist. Dabei spielen auch die Vorkommnisse aus der jüngsten Zeit in der Rigaer Straße eine große Rolle. Durch Angriffe auf Polizeibeamtinnen und –beamte, brennende Autos und andere Sachbeschädigungen wird der Hass auf unsere Rechtsordnung zum Ausdruck gebracht. Linke Gewalt darf aber nicht verharmlost werden.

Die Anschläge der vergangenen Monate u.a. in Ansbach und Würzburg haben gezeigt, dass auch der islamistische Terrorismus bei uns längst Einzug gehalten hat. Der Aufruf zur Radikalisierung zum religiösen Fanatismus mit Waffengewalt findet vor unseren Augen statt. Es gilt die grundgesetzlich verbürgte freie Religionsausübung für alle Menschen in unserem Land. Religiös motivierte Gewalt oder politisch motivierte Gewalt, die sich auf Religionen bezieht, sowie Antisemitismus muss mit der Entschiedenheit aller gesellschaftlichen Gruppen und rechtsstaatlichen Institutionen die Stirn geboten werden.

Beim Kampf gegen den Extremismus wird die Unterstützung aller, sowohl der Politik, als auch der Zivilgesellschaft, benötigt. Wenn wir diese Herausforderung erfolgreich meistern wollen, müssen wir konsequent und geschlossen denjenigen, die Gewalt verherrlichen, propagieren und ausüben, entgentreten.

Unsere Solidarität gilt allen Betroffenen und Opfern extremistischer Gewalt und Diskriminierung. Die Gewährleistung der Sicherheit und körperlichen Integrität aller Menschen ist unsere moralische und verfassungsrechtliche Aufgabe. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Berlin, 24. November 2016

Graf Melzer Dr. Juhnke
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU